

Haushaltsrede 2025

SPD-Fraktion

Manuel García Limia

– es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Ratskolleg\*innen,

bei der Vorbereitung zur diesjährigen Haushaltsrede ist mir folgender Dialog aus dem Silvester-Klassiker „Dinner for One“ direkt in den Sinn gekommen. „Oh, by the way, the same procedure as last year, Miss Sophie? Same procedure as every year, James.“ Wir befinden uns seit Jahren im permanenten Krisenmodus. Man kann durchaus den Eindruck haben, dass sich in der Kommunalpolitik nicht nur wenig ändert, sondern es den Kommunen seit vielen Jahren schwierig bis unmöglich gemacht wird, sich finanziell zu konsolidieren. Das nicht, weil wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht hätten. Nämlich genau die haben wir in den letzten Jahren gemacht. Es geht uns nicht allein so. Der Städtetag NRW hat festgestellt, dass von 396 Kommunen in NRW lediglich 18 den Haushaltsausgleich schaffen und rund 240 Kommunen bis 2028 ihre Rücklagen aufgebraucht haben werden.

Die Kommunen sind viel zu lange von Land und Bund mit immer mehr Aufgaben betraut worden, ohne wirklich für eine auskömmliche Finanzierung zu sorgen. Das hat zu einer finanziellen und strukturellen Schwächung der Kommunen geführt. Die kommunale Selbstverwaltung stellt das Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unserer Demokratie dar. Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, dass sie in die Lage versetzt werden, diese wichtige Funktion - auch als wichtiger Träger der Daseinsvorsorge - zu erfüllen. Die Kommune ist der Ort, wo Menschen das Funktionieren der Demokratie tagtäglich und unmittelbar erleben. Wer das – wenn auch ungewollt – finanziell und strukturell nicht garantiert, der spielt mit dem Feuer.

Es ist Konsens im AK „Haushaltskonsolidierung“, dass wir verantwortungsvoll mit den städtischen Finanzen umgehen und jede Ausgabe auf ihre Notwendigkeit und Nachhaltigkeit hin betrachten. Nach all den Jahren – so ehrlich sollten wir sein - zeigt sich, dass es Grenzen des Sparens gibt. Die Verwaltung legt immer wieder Listen mit Einsparungsmöglichkeiten vor, die aber die strukturellen Probleme nicht lösen werden. Weiter sparen zu wollen, geht an die Substanz. Die Kämmerin spricht in ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts zwar davon, dass die Belastungen aus freiwilligen Aufgaben nach wie vor auf hohem Niveau seien. Der Anteil der freiwilligen Leistungen macht aber lediglich ca. 3 % des Haushaltes aus. Wir reden hier von einem Betrag von gerade einmal 7,2 Mio. €. Hier zu sparen löst die Probleme nicht und macht zunichte, was das Leben in Viersen lebenswert macht. Zu glauben, dass freiwillige Leistungen, die einmal weggekürzt worden sind später wieder kommen, zeugt von großer politischer Naivität. Kurzfristige Einsparungen, die uns mittel- und langfristig schaden. Vor allem löst es das eigentliche Problem nicht. Betrachtet man die Kostentreiber, dann sind die freiwilligen Leistungen nicht der Grund für die finanzielle Situation, in der wir uns befinden. Es sind externe Effekte und Einflüsse. Diese alle aufzuzählen, würde den heutigen Rahmen sprengen. Lassen Sie mich daher auf ein paar wenige Gründe verweisen. Eigentlich gilt das Konnexitätsprinzip. Es stellt sicher, dass keine kostenintensiven Aufgaben von Land und Bund auf die kommunale Ebene übertragen werden, ohne dass die Kommunen für diese Mehrbelastung einen entsprechenden Ausgleich erhalten. Es gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Das ist die Theorie. Wir erleben das in der Praxis anders. Bund und Land verlagern oftmals ihre Probleme in die kommunale Ebene hinein, anstatt sie selber zu lösen. All das bedeutet höheren Personal- und Sachaufwand für uns, der aber nicht ausreichend refinanziert wird. Der Städtetag verweist darauf, dass die Kommunen rund ein Viertel der

gesamtstaatlichen Ausgaben tragen, allerdings nur ein Siebtel der Steuereinnahmen erhalten. Das zeigt deutlich, dass im ganzen System eine Unwucht zu Ungunsten der Kommunen vorliegt.

Ein Beispiel sind die KiTas. Das Kita-System ist unterfinanziert. Es braucht grundsätzlich mehr Geld von Bund und Ländern für die KiTas. Vor allem die Betriebs- und die Personalkosten steigen und steigen. Es wird immer schwieriger, mit den vorhandenen Mitteln KiTas kostendeckend zu betreiben. Das gilt für alle Träger, ob für kommunale, für kirchliche oder für andere freie Träger. Gleichzeitig gibt es den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Wir brauchen in NRW eine Reform des KiBiz, die sich den Realitäten stellt.

Aber die Hoffnung stirbt ja zuletzt. Zumindest deuten die Signale aus Berlin, dass im Bereich der Infrastruktur Bewegung ist. Der Geschäftsführer des Städtetags NRW, Helmut Dedy sagte zu dem geplanten Sondervermögen Infrastruktur im Interview mit dem WDR; *"Der Weg ist der richtige". Über Jahrzehnte sei bei der Infrastruktur Verschleiß in Kauf genommen worden. Das Sondervermögen, auf das sich die Unionsparteien und SPD bei ihren Sondierungsgesprächen geeinigt haben, sei ein "echtes Pfund", mit dem die Städte einen großen Schritt machen könnten, erklärte der Geschäftsführer des Städtetages NRW. Die Städte könnten ihre Listen mit notwendigen Sanierungs- und Renovierungsarbeiten, sei es Straßen oder Schulen, konstruktiv abarbeiten. Der Bundestag solle nun zügig dem Finanzpaket zustimmen, appellierte Dedy.* "Warten wir ab, ob es am Ende auch so kommt.

Natürlich liegt uns erneut die Kreisumlage schwer im Magen. Verstehen Sie mich nicht falsch. Auch der Kreis hat kurz- und mittelfristig mit einer deutlich erhöhten Umlage des LVR zu kämpfen. Was ich – wie übrigens auch die Bürgermeisterin und Bürgermeister des Kreises in ihrer Stellungnahme zum Kreishaushalt formuliert haben – kritisiere, ist der Umstand, dass man beim Kreis anders als in den kreisangehörigen Kommunen wenig bis keine Konsolidierungsbemühungen erkennen kann. Wenn man dann noch die Planungen beispielsweise zum Bevölkerungsschutzzentrum oder dem Museumsdepot sieht, dann kann man nur noch den Kopf schütteln. Anstatt hier anzusetzen, holt man sich das Geld bei den neun Städten und Gemeinden. Landrat müsste man sein.

Was jedoch – erlauben Sie mir diese kleine Spitze – inzwischen zu einem schon liebgewonnenen Ritual wird, ist der Umstand, dass die Zahlen bei der Einbringung des Haushaltes traditionell von der Verwaltung viel kritischer skizziert werden, als nach den eigentlichen Beratungen in den Fachausschüssen. Und auch der Jahresabschluss ist in der Regel nochmals deutlich besser, als in den Planungen erwartet. Dies wird gerne dann von der Verwaltung mit Einmaleffekten erklärt.

Ich habe immer darauf verwiesen, dass wir im Vergleich zu anderen Kommunen gut dastehen. Ein Indikator ist natürlich die Gewerbesteuer. Wir haben einen sehr gesunden Branchenmix, der uns bisher widerstandsfähig bei konjunkturellen Schwankungen und unabhängig von einigen wenigen Unternehmen macht. Aber die guten Gewerbesteuerergebnisse - bei gleichzeitiger gesunkener Steuerkraft anderer Kommunen - führen dazu, dass die Schlüsselzuweisungen, die wir erhalten, sinken. Wenn dann in diesem Zeitraum auch die Gewerbesteuereinnahmen sinken sollten, wird dies zu deutlichen Problemen bei den Erträgen führen.

Bisher habe ich von den schwierigen Rahmenbedingungen gesprochen, in denen wir uns bewegen. Auch wenn vieles extern beeinflusst wird, kann und darf dies nicht als Entschuldigung dienen. Es herrscht trotz allem in Viersen kein Stillstand. Frau Wöltering hat bei der Einbringung dieses Haushaltes im Dezember auf Investitionen von über 21 Mio. € verwiesen. Dabei handelt es sich um einen vielfältigen Strauß von konkreten Maßnahmen bis hin zu Planungskosten für zukünftige Projekte. Es geht voran, auch wenn die Spielräume kleiner werden.

Wir sind trotzdem gefordert, nachhaltige Politik für die Stadt und die Menschen, die in ihr leben, aufwachsen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen, zu machen. Hier geht es um unsere Gestaltungshoheit in den Fragen, wie die Zukunft Viersens aussehen soll. Auch wenn schnelle Lösungen erwartet werden, lassen sich die Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, nur mittel- und langfristig meistern. Politik ist halt kein Sprint, sondern ein Langstreckenlauf. Auch unter anderem weil wir einen eingeschränkten finanziellen Spielraum haben. Wir haben in Viersen in den

letzten 20 Jahren – übrigens unter sozialdemokratischen Bürgermeister\*innen – wichtige Weichen gestellt. Darauf wollen und müssen wir weiter aufbauen. Die Kommunalwahl wird hier eine Vielzahl unterschiedlicher Konzepte und Ansätze liefern. Für die SPD gibt es eine Reihe von Themen, die wir anpacken müssen.

Viele Themen beschäftigen uns nicht nur in Viersen. Laut OB-Barometer 2024, der repräsentativen Jahresbefragung des Deutschen Instituts für Urbanistik sind die Kommunal Finanzen das aktuell beherrschende kommunale Thema. Gefolgt von den Themen Flüchtlinge, Wohnen, Mobilität, Digitalisierung und Klima. Themen, für die wir auch in Viersen Lösungen – außer bei den Finanzen – vor Ort finden müssen. Was die Probleme betrifft, gibt es also weitgehend Einigkeit. Bei der Frage wie wir diese Herausforderungen angehen, gibt es jedoch Unterschiede. Wir Sozialdemokrat\*innen erarbeiten aktuell mit allen Mitgliedern ein Wahlprogramm, das als Fundament für die Arbeit der Ratsfraktion in den nächsten 5 Jahre dienen soll. Ein Fundament, auf dem wir pragmatische, nachhaltige und vor allem soziale Politik für die Menschen machen wollen. Politik darf kein Selbstzweck sein. Und Politik ist auch immer die Kunst des Machbaren. Dies ist für uns die Richtschnur unserer politischen Arbeit. Das zeigen auch unsere vielen Anträge, die wir gestellt haben. Apropos Anträge: Es kann nicht sein, dass man als Fraktion – und dies betrifft nicht nur uns – mehrere Jahre darauf warten muss, dass die Verwaltung Beschlussvorlagen liefert. Wenn der Fachausschuss beschlossen hat, dass ein Antrag in die zweite Stufe geht, dann muss Politik erwarten, dass dies in einer begründbaren Zeit erfolgt.

Was immer noch fehlt ist Wohnraum, insbesondere bezahlbarer. Das liegt auch daran, dass unsere Stadt wächst. Das „Kommunale Handlungskonzept Wohnen der Stadt Viersen“ spricht hier eine klare Sprache. Die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der entscheidenden sozialen Fragen. Wir haben mit der VAB und auch anderen örtlichen Wohnungsbaugesellschaften geeignete Instrumente, um Wohnraum zu schaffen. Hier gibt es jedoch Herausforderungen. Die eine Herausforderung betrifft die Förderkulisse, die andere Herausforderung liegt darin, dass man in Viersen stärker, als noch in den letzten Jahrzehnten, auf Geschosswohnungsbau setzen muss. Das klassische Einfamilienhaus löst nicht die Probleme, die wir haben. Nutzen wir die Baugebiete, die wir noch haben dafür genug Wohnraum zu schaffen. Gerade auch aus ökologischen Gründen ist Geschosswohnungsbau – aufgrund seines geringen Flächenverbrauchs pro Kopf – eine sinnvolle Entscheidung. Wenn wir das beherzigen, werden wir den Spagat zwischen Flächenersparnis und Wohnungsbedarf hinkommen. Die Bereitstellung und das Fördern von Flächen – wie es die eine oder andere Fraktion möchte – für Tiny Houses ist hier der falsche Weg. Die Menschen erwarten von uns Lösungen. Und zwar zeitnahe Lösungen.

Die Frage der Zukunft ist nicht ob, sondern wie es gelingt, die Klimaziele zu erreichen. Wir haben uns hier auf den Weg gemacht. Die Verwaltung ist inzwischen personell in diesem Bereich gut aufgestellt. Jetzt kommt es darauf an, dass man nicht nur Konzepte schreibt, sondern diese auch umsetzt. Und vor allem die beschlossenen Anträge ernst nimmt. Ich erinnere da nur an unsere Anträge zum Thema „Tiny Forests“ oder zur „Auf- und Nachrüstung von Photovoltaikanlagen im öffentlichen Raum“, für die nach zwei Jahren immer noch keine Verwaltungsvorlage vorliegt. Gleichzeitig muss Klimaschutz sozial gerecht ausgestaltet werden. Klimaschutz, der nur für Besserverdienende finanzierbar ist oder mit Regelungswut gängelt, darf es in Viersen - sofern wir alle mitnehmen wollen – nicht geben. Es geht nicht darum, dass man vermeintlich besser weiß, was gemacht werden soll. Wenn das nicht gelingt, werden wir scheitern.

Mobilität spielt beim Klimaschutz eine zentrale Rolle. In ländlich geprägten Regionen, wird man jedoch nie ganz auf das Auto verzichten können. Es ist wichtig, dass wir nicht vom Auto abhängig sind, wenn wir uns in Viersen fortbewegen. Ein Fahrwegenetz, das seinen Namen verdient, haben wir bis heute leider nicht. Hier erwarten wir von der Verwaltung deutlich größere Anstrengungen. Man kann manchmal den Eindruck haben, dass das Thema im Grunde nur sehr halbherzig angegangen wird. Wir müssen in Viersen ein Verkehrsnetz vorhalten, in dem Fußgänger\*innen, Fahrradfahrer\*innen, der Individualverkehr und der ÖPNV gleichberechtigt sind. Dafür muss der ÖPNV deutlich attraktiver und perspektivisch auch günstiger werden. Das Deutschlandticket ist hier auf jeden Fall ein sinnvolles Instrument.

Ein Thema auch bei meiner letzten Haushaltsrede, ist die Digitalisierung. Wir haben uns auf den Weg gemacht. Die Verwaltung bindet hierbei im Rahmen eines Arbeitskreises die Kommunalpolitik ein. Hier zeigt sich, dass Digitalisierung mehr als die Digitalisierung von Verwaltung und bürokratischen Prozessen ist. Mit hoher Geschwindigkeit verändert sie unser Leben und Arbeiten tiefgreifend. Digitalisierung ist ein Querschnittsthema und deckt alle Bereiche unserer Stadtgesellschaft ab. Damit stärken wir den Standort Viersen in allen Belangen. Mehr MINT, mehr Formate für die Stadtgesellschaft werden gebraucht um die Akzeptanz für die Digitalisierung auch in der Bevölkerung zu verbessern. Wir sollten uns mehr trauen. Und auch mehr Mittel zur Verfügung stellen. Lassen Sie es uns als Chance begreifen. Viersen muss hier Vorreiter sein, "Digitale Region" leben und mehr Austausch mit den anderen Kommunen in der Region anstreben.

Ein besonders wichtiges Thema, welches die Bürgermeisterin zum Thema beim Neujahrsempfang der Stadt gemacht hat, ist die Partizipation und das Leben von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt. Wir haben vor vielen Jahren mit dem Kommunalpolitischen Praktikum begonnen, Jugendlichen die Kommunalpolitik nahezubringen. Inzwischen sind viele tolle Projekte, oftmals mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, entstanden. Diesen Weg wollen wir weitergehen. Als einen Baustein sehen wir unseren Antrag zur Erstellung eines Kinder - und Jugendstadtplans, der im Jugendhilfeausschuss beraten wurde und in die zweite Stufe gegeben wurde.

Und die anderen Themen? Im KiTa- und Schulbereich sind wir gut aufgestellt, weil wir in den letzten Jahren die Weichen gestellt haben. Beim Sport sind wir auf dem richtigen Weg. Trotz der Sparanstrengungen haben wir ein hochwertiges Kulturangebot aufrechterhalten. Wie aber können wir es schaffen, es mehr Menschen zugänglich zu machen? Wie können wir KiTas und Schulen noch stärker einbeziehen? Wie können wir Menschen mit Einwanderungsgeschichte für die örtliche Kultur gewinnen. Wie können wir darüber hinaus das Ehrenamt stärken? Und das Thema „Veranstaltungshalle“, das SPD und CDU gemeinsam auf den Weg gebracht haben? Hier haben wir eindeutig Handlungsbedarf. Und zwar eher kurz- und mittelfristig, als langfristig. Beim Thema „Integration“ ist noch Luft nach oben. Auch wenn wir vieles richtig machen, sind hier weitere Anstrengungen erforderlich.

Es gibt noch genug zu tun. Wir werden das machen, was wir - seitdem mit Karl Huppertz vor 111 Jahren zum ersten Mal ein Sozialdemokrat in den Rat der Stadt Süchteln eingezogen ist – immer gemacht haben: Ärmel hochkrepeln und arbeiten. Arbeiten für die Menschen dieser Stadt.

Wir werden Haushalt und Stellenplan zustimmen. Der Haushalt sichert trotz aller Unwägbarkeiten Kontinuität und Verlässlichkeit. Wir vermeiden die Haushaltssicherung und die Investitionen zeigen, dass kein Stillstand herrscht. Dafür benötigen wir in eine handlungsfähige und effektive Verwaltung. Dies geht nur, wenn wir über die entsprechenden personellen Ressourcen verfügen. In Zeiten knapper Kassen fällt der Blick immer auf die Personalkosten. Vor allem dann, wenn Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auf der Tagesordnung stehen. Die Viersener\*innen, die Politik und übrigens auch die Wirtschaft erwarten zu Recht – wie bereits erwähnt - eine handlungsfähige, effektive und kreative Verwaltung. Wir dürfen jedoch nicht übersehen, dass bei den Mitarbeiter\*innen die Grenze der Belastung erreicht ist. Vor diesem Hintergrund – auch hier gilt „Same procedure as every year“ - ist die Stellungnahme der IHK sehr befremdlich, die dann immer das neoliberale Mantra von Einsparungen beim Personal aus der ideologischen Mottenkiste herauskramt. Ein Argument wird nicht besser, wenn es ständig wiederholt wird. Liebe IHK, ihre Pflichtmitglieder erwarten eine funktionierende Stadt. Das ist ein wichtiger Standortfaktor, der auch unserer Wirtschaft nützt. Sie müssen sich also entscheiden, was Sie eigentlich wollen. Für die SPD ist die Antwort recht einfach: Wir stehen auf der Seite der Kolleg\*innen in der Verwaltung.

Zum Abschluss möchte ich mich im Namen der SPD-Fraktion bei dir bedanken, liebe Sabine. Die heutige Haushaltsverabschiedung wird die letzte sein, die Du als Bürgermeisterin zu verantworten hast. Du hast Dich – in nicht immer einfachen Zeiten – um unsere Stadt und um die Menschen verdient gemacht.

Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich auch bei den Mitarbeiter\*innen von Kämmerei und Finanzverwaltung unter Leitung von Frau Wöltering für die geleistete Arbeit und den vorgelegten Haushalt. Sie hatten bei der Einbringung des Haushaltes davon gesprochen, dass innere und

äußere Rahmenbedingungen die Aufstellung dieses Haushaltsplanes zu einer fast nicht mehr zu bewältigende Mammutaufgabe gemacht hätten. Uns ist durchaus bewusst, dass die Erstellung eines soliden Haushaltes in den heutigen Zeiten eine große Herausforderung darstellt. Das ist Ihnen und Ihrem Team gelungen. Hierfür vielen Dank.